

| | |
|---------------------|--|
| | 175. Vollversammlung der AK Wien vom 05.05.2021 |
| FCG ÖAAB | |
| Antrag Nr. 5 | <i>Anpassung der Schul- und Heimbeihilfe“</i> |
| Annahme | Ausschuss Jugend, Bildung und Kultur |

Aus der AK-Schulkostenstudie, einer Dauerbefragung von knapp 3.000 Eltern mit mehr als 4.300 Kindern durch das Forschungsinstitut SORA, geht ganz klar hervor, dass Bildung zwar auf dem Papier, aber nicht in der Realität kostenfrei ist. Hohe finanzielle Belastungen für Familien mit geringem Einkommen machen es vielen Kindern schwer, ein höheres Bildungsniveau zu erreichen. Der Bildungserfolg von Kindern hängt in hohem Maß immer noch vom Geldbörserl der Eltern ab.

Neben mutiger Bildungspolitik sind Beihilfen ein wichtiges Instrument um Familien von Schulkosten zu entlasten und ihren Kindern und Jugendlichen die Bildungsteilhabe zu ermöglichen. Die Arbeiterkammer hat mehrfach auf die Notwendigkeit einer Reform sowie Erhöhung der Schülerbeihilfe aufmerksam gemacht. Im Schuljahr 2020/21 wurde eine Schulkostenstudie umgesetzt und die finanziellen Belastungen erhoben. Es wurden sowohl Öffentlichkeitsarbeit als auch Gespräche mit dem zuständigen Ministerium geführt. Weiters wurde im Juli ein Gesetz begutachtet und eine geplante Erhöhung zwar begrüßt, gleichzeitig geht der begutachtete Entwurf jedoch nicht weit genug – die konkrete Beihilfe bringt nicht die Entlastung die es braucht.

Seit 14 Jahren wurde die staatliche Schul- und Heimbeihilfe nicht mehr erhöht. Die geplante Erhöhung der Beihilfen sowie die Ausweitung des BezieherInnenkreises liegt deutlich unter der Geldwertentwicklung seit 2007 – während die Inflation in diesem Zeitraum um etwa 30% gestiegen ist, steigen die Beihilfen nur um etwa 10%. Eine jährliche Anpassung, die da dafür sorgt, dass die Beihilfen nicht unter Inflationsniveau liegen, fehlt im vorliegenden Entwurf komplett.

Aktuell können die Beihilfen erst ab der 10. Schulstufe bezogen werden. Doch auch in der 9. Schulstufe wäre finanzielle Unterstützung wichtig, damit SchülerInnen aus einkommensschwachen oder armutsbetroffenen Familien höhere Schulen besuchen können.

Daher wird das Engagement der Arbeiterkammer um finanzielle Entlastungen von Familien sowie die Chance auf Schulerfolg unabhängig von der finanziellen Situation auch im kommenden Schuljahr weiter wichtig bleiben.